

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/31

Bonn, den 14. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|------------------------|---------------|
| 1 - 1a | <u>De-Escalation ?</u> | 63 |

Militärisch und politisch gesehen

| | | |
|----|---------------------------------|----|
| 1b | <u>Willkommen Harold Wilson</u> | 35 |
|----|---------------------------------|----|

Zum Besuch des britischen Premierministers

| | | |
|---|----------------------------|----|
| 2 | <u>Beispiel Tuttlingen</u> | 43 |
|---|----------------------------|----|

86 Prozent der Eltern stimmten in geheimer Wahl
für die Gemeinschaftsschule

Von Herbert Bermeitinger

| | | |
|---|-------------------------|----|
| 3 | <u>Der "Fall Röhse"</u> | 51 |
|---|-------------------------|----|

Todesurteile im "Dritten Reich"

| | | |
|---|---|----|
| 4 | <u>Paris zwischen Moskau und Peking</u> | 46 |
|---|---|----|

Französisch-chinesische Bilanz

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Dankadresse an die katholische Kirche
So viel wie möglich von Deutschland retten
Überspitzte Forderungen aus Warschau
Fairneß für Deutschland
Siebenbürger Sachsen stimmen zu
Für Straßburg gilt die demokratische Ordnung
MEYER-Severich der Landsmannschaft Schlesien beigetreten
Frage nach dem "Haus des Deutschen Ostens" in München
Danziger wurde Staatssekretär

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 888689C

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

De-Escalation ?

Militärisch und politisch gesehen

G.H. - Die vielfältigen, auch auf internationaler Ebene unternommenen Bemühungen, das Deutschlandproblem wieder zum Gegenstand von Verhandlungen oder Gesprächen der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zu machen, scheinen immer an dem Punkt abgebremst zu werden, an welchem die Frage nach der militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland und nach einem europäischen Sicherheitssystem auftaucht. Nicht nur in Paris und London, sondern auch in Washington und Moskau peilt man bei Gesprächen jeglicher Art über dieses Thema das Ende des Jahres 1969 an, jenen Zeitpunkt also, an dem der NATO-Vertrag ausläuft. Die in den vergangenen zehn Jahren entscheidend veränderte Waffentechnik hat permanente Diskussionen über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Strategie zur Folge gehabt. Verbunden damit ist die Diskussion über die Finanzierungspläne für die Verteidigungshaushalte und die politische Überlegung, ob militärische Blockpolitik im Zeichen interkontinentaler Raketen und entsprechender Abwehrsysteme überhaupt noch einen Sinn hat.

Jede Apparatur hat ihr eigenes Gewicht; auch die Apparatur der Verteidigungssysteme. Ein möglicher Abbau dieser Apparaturen hat für alle Beteiligten gewaltige wirtschaftliche und technologische Auswirkungen. Das trifft nicht nur auf den Westen, sondern auch auf den Osten zu, wo die Mitglieder des Warschauer Paktes vor den gleichen Problemen stehen wie die Mitglieder des NATO-Bündnisses. So gewaltige Organisationen, wie sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Westen und im Osten aufgebaut wurden, können - völlig unabhängig von der Frage ihrer militärischen Zweckmäßigkeit - nicht von einem zum anderen Tag und nicht einmal von einem zum anderen Jahr aufgelöst werden.

Die Folge dieser Einsicht ist die Überlegung, ob man nicht jetzt nach den Jahren der Escalation mit einer De-Escalation beginnen muß, wenn man nicht die Finanzpolitik aller an militärischen Blockbildungen beteiligten Staaten völlig durcheinanderbringen will.

Bis die Großmächte sich zu entsprechenden Beschlüssen durchringen können, ergeben sich für die Bundesrepublik ebenfalls eine Reihe von Aufgaben, deren Lösung kaum noch verzögert werden kann. Nachdem auch Bundesverteidigungsminister Schröder kürzlich in Kiel erklärt hat, man müsse bei Beibehaltung der Verteidigungskraft im Blick auf das Jahr 1969 gewisse Rationalisierungen und damit eine Straffung der deutschen Verteidigung vorbereiten, dürfte von dieser Seite her schon ein erster Schritt zur De-Escalation angedeutet sein.

Das wäre aber noch nicht genug. Die deutsche Politik muß auch darauf achten, daß in der Zeit, in der neue politisch-strategische Entscheidungen der ehemaligen Siegermächte heranreifen, die innerdeutsche Politik der beiden Teile Deutschlands nicht blockiert bleibt. Auch die deutsche Ostpolitik kann im Ansatz steckenbleiben, wenn sie - auf längere Sicht - nicht in die Überlegungen der Großmächte zu einer militärischen De-Escalation eingebettet wird.

In ihrer Regierungserklärung hat die neue Bundesregierung diesen Weg bereits angedeutet; von Bonn aus dürfte also in dieser Beziehung kein Hemmnis zu erwarten sein. Inwieweit die Machthaber im anderen Teil Deutschlands eine solche hier angedeutete Entwicklung bremsen können, wird davon abhängen, ob auch in Moskau und in den anderen Hauptstädten der Warschauer-Pakt-Staaten der Wille zur politischen und militärischen De-Escalation spürbar wird.

Im Augenblick sieht es so aus, als habe Pankow sich bei seiner Bremspolitik gegenüber der Entspannung in Europa nicht durchsetzen können. Beharrlichkeit und sachliche Behandlung aller mit diesem Fragenkomplex im Zusammenhang stehenden Probleme durch Bonn kann dazu führen, daß mit Hilfe der neuen Bundesregierung auch in den meisten osteuropäischen Staaten die Überzeugung heranreift, wie wenig einer friedlichen Entwicklung in Europa gedient ist, wenn Einzelwünsche mehr respektiert werden, als es notwendig ist.

Willkommen Harold Wilson !

Zum Besuch des britischen Premierministers

sp - Der britische Premierminister Harold Wilson wird anlässlich seines Bonn-Besuches bei seinen deutschen Gesprächspartnern ein offenes Ohr finden. Wilson kommt mit schwerem Gepäck; an Gesprächsstoff wird es nicht fehlen. Das wohl wichtigste Thema ist die Frage des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine große Mehrheit des britischen Volkes ist gewillt, diesen Sprung über den Kanal zu wagen. Die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage, von deren Lösung die Zukunft Europas wesentlich mitbestimmt wird, wurde in der Regierungserklärung der Regierung Kiesinger-Brandt umrissen. Dort heißt es:

- * "Die bestehenden Europäischen Gemeinschaften, welche die voran-
- * gegangenen Regierungen der Bundesrepublik mit beständiger Ener-
- * gie gefördert haben, haben große Fortschritte erzielt. Wir werden
- * auf den konsequenten Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemein-
- * schaft und ihrer Institutionen hinwirken. Die Gemeinschaft der
- * Sechs soll allen europäischen Staaten offenstehen, die sich zu
- * ihren Zielen bekennen. Besonders würden wir eine Teilnahme Groß-
- * britanniens und anderer EFTA-Länder an den Europäischen Gemein-
- * schaften begrüßen. Wir wünschen unsere Beziehungen zu Großbritan-
- * nien fortschreitend zu entwickeln und zu vertiefen."

In Erinnerung sei auch in diesem Zusammenhang der Punkt 3 der sozialdemokratischen Bedingungen für die Beteiligung an der Regierung einer Großen Koalition gebracht, in dem gefordert wurde, "die Bemühungen um den Beitritt von Großbritannien (zur EWG) und anderer EFTA-Länder wirksam zu unterstützen". Die Bundesregierung hat diesen Gedanken zum Bestandteil ihres Programms erhoben.

Es ist also nicht so, wie gelegentlich zu hören und zu lesen ist, die deutsche Bereitschaft, Englands Wunsch nach Aufnahme in die EWG zu unterstützen, hätte nachgelassen. Die Interessenlage beider Länder und Europas gebietet diese Aufnahme. Wohl aber kann die Bundesrepublik darüber nicht allein befinden. Dazu gehört die Zustimmung aller EWG-Staaten. Ein Staat macht hier noch Schwierigkeiten, deren Behebung außerhalb des Einflusses Bonn's liegt.

In jedem Falle jedoch wird Harold Wilson, dem ein freundliches Willkommen sicher ist, bei seinen Gesprächen die Gewißheit mit nach Hause nehmen können, daß er mit deutscher Unterstützung rechnen kann. Und dies allein dürfte den Nobel beseitigen, der sich über die Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG, was die deutsche Stellung in dieser Hinsicht betrifft, gelegt hat.

Beispiel Tuttlingen

86 Prozent der Eltern stimmten in geheimer Wahl
für die Gemeinschaftsschule

Von Herbert Bermeitinger

Die Entscheidung des Landtags von Baden-Württemberg, die Landesverfassung so zu ändern, daß auch im Landesteil Südwürttemberg die Christliche Gemeinschaftsschule nach dem über 90 Jahre alten badi-schen Vorbild die einzige Form der ö f f e n t l i c h e n Volksschule wird, hat nicht nur im Stuttgarter Parlament eine erfreulich breite Basis, sondern auch in der Bevölkerung. In dem kulturpolitisch schon zu Großherzogs Zeiten vorbildlichen Baden war die Gemeinschaftsschule ohnehin noch nie umstritten und in Südwürttemberg, wo die Konfessionsschulen noch fest verankert waren, ist die Elternschaft für die Simultanschule kaum weniger aufgeschlossen.

Zehn Tage vor der Entscheidung im Landtag zeigte sich dies außerordentlich eindrucksvoll bei einer Elternabstimmung in der südwürttembergischen Kreisstadt T u t t l i n g e n. Die Eltern konnten sich dort in g e h e i m e r Wahl für die Gemeinschaftsschule, die katholische und die evangelische Konfessionsschule aussprechen.

- * Das Ergebnis von Tuttlingen ist kaum weniger klar ausgefallen
- * als das Abstimmungsresultat im Landesparlament. Bei der rela-
- * tiv hohen Stimmbeteiligung von 75 Prozent haben sich
- * 0,8 Prozent der Eltern für die evangelische,
- * 12,6 Prozent für die katholische,
- * aber rund 86 Prozent für die christliche Gemeinschaftsschule
- * ausgesprochen.

Die katholische Kirche, die sich im Abstimmungskampf eindeutig für die Bekenntnisschule eingesetzt hatte, erklärte nach der Elternentscheidung: "Als Verfechter des Elternrechts respektieren wir das Ergebnis der Wahl. Gleichzeitig danken wir jenen 979 katholischen Stimmen, die ein Bekenntnis für die katholische Schule ausgesprochen haben. Diese Zahl reicht aus, um sofort oder später eine katholische Bekenntnisschule zu beantragen. Ob und wann wir es tun, bedarf einer weiteren sachlichen Überlegung. Die christliche Gemeinschaftsschule wird aber nun beweisen müssen, daß ihr das Christliche nicht nur ein Aushängeschild ist."

Es ist aner kennenswert, daß die kirchlichen Stellen in Tuttlingen so eindeutig zu erkennen gegeben haben, daß sie das Ergebnis respektieren, weil sie das Elternrecht in der Vergangenheit nachdrücklich verfochten haben. Vielleicht sollte gerade auch in jenen Bundesländern, wo die Schulfrage in dieser Zeit noch so heftig umkämpft ist, das Elternrecht nicht nur im Munde geführt, sondern auch in g e h e i m e n Abstimmungen praktiziert werden. Für die südwürttembergischen Abgeordneten des Landtages von Baden-Württemberg war auf jeden Fall die vorausgegangene Abstimmung der Tuttlinger Eltern eine wertvolle Hilfe.

Der "Fall Rehse"

Todesurteile im "Dritten Reich"

1. - Der Kammergerichtsrat a.D. Hans R e h s e ist in Schleswig verhaftet und nach Westberlin in das dortige Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht worden. Der Westberliner Generalstaatsanwalt Günther hat Rehse angeklagt, er habe sich in der nationalsozialistischen Zeit als beisitzender Richter am Volksgerichtshof des berühmten Roland Freisler in sieben Fällen des Mordes und des Mordversuchs schuldig gemacht.

Rehse wirkte vom November 1941 bis Kriegsende bei Freisler. Er soll in dieser Zeit bei 23 Urteilen gegen Männer des Widerstandes mitgewirkt haben. Nach dem Krieg wurde Rehse unbehelligt als Kreisverwaltungsrat in Dithmarschen an der Westküste Schleswig-Holsteins wieder in den Staatsdienst übernommen. 1956 avancierte er zum Hilfsrichter am Landesverwaltungsgericht in Schleswig. 1958 entschloß man sich, sein Beamtenverhältnis nicht zu verlängern, weil man auf einige seiner Unrechtsurteile aufmerksam geworden war. Als Rehse dann die Ruhestandsbezüge aberkannt wurden, ging er vor das Verwaltungsgericht in Schleswig. Man billigte ihm bis zum Abschluß seines Strafverfahrens halbe Ruhestandsbezüge zu. Daneben verdiente er als Steuerberater in Schleswig recht gut.

Das belastende Material gegen Rehse ist besonders gravierend im Falle des Todesurteils, das Freisler und Rehse am 14. Oktober 1943 gegen den Gründer der katholischen Una-Sancta-Bewegung, Dr. Max Josef M e t z g e r fällten. Man befand Metzger schuldig, "Zweifel am Sieg und Friedensarbeit" des Nazi-Regimes geäußert zu haben und ließ ihn im Zuchthaus Brandenburg-Goerden hinrichten. Damals wurden durch Mitwirkung von Rehse auch der katholische Geistliche Jakob Georg G a p p aus Tirol und der Kaplan Josef K ü l l e r aus Hildesheim zum Tode verurteilt, weil sie angeblich ihre Priesterautorität mißbraucht hätten.

Bemerkenswert ist auch das Urteil vom 12. November 1943, das "im Namen des deutschen Volkes" gegen den Schauspieler Walter B e t h k e erging. Der Volksgerichtshof erkannte, Bethke habe im Juli 1943 gegenüber "siegesgewissen deutschen Volksgenossen sich schwer defätistisch geäußert, dabei den Führer verunglimpft und den Krieg als bereits verloren bezeichnet". Vorsitzender des Ersten Senats war ein Landgerichtsdirektor S t i e r, dem Rehse und die beiden SS-Brigadeführer B a u s z u s und von M a n g o l d zur Seite saßen.

Rehse bestreitet die ihm zur Last gelegten Anschuldigungen weitgehend. Er kann sich jedenfalls nicht erinnern. Außerdem nimmt für sich in Anspruch, daß er bei den Todesurteilen "dagegen gestimmt" hat. Das Beratungsgeheimnis auch der nationalsozialistischen Volksgerichtshöfe besteht bis heute fort. Es wird für die Berliner Richter ungewöhnlich schwer sein, Rehse das Gegenteil zu beweisen, zumal, wenn - wie im Fall Bethke - SS-Brigadeführer und Leute wie Jaeger am Verfahren teilnahmen. Man wird Rehse die vorsätzliche Rechtsbeugung nachweisen müssen. Das ist nicht einfach.

Ferner macht Rehse für sich geltend, er sei, damals überzeugter Nationalsozialist gewesen. Nach der heute geltenden Rechtsprechung können besonders scharfe Urteile dann entschuldigt werden, wenn der Richter sie aus Überzeugung für "angemessen" hielt.

Paris zwischen Moskau und Peking

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Peking verkracht sich gegenwärtig mit aller Welt. Dennoch ist die Verschlechterung der französisch-chinesischen Beziehungen ein Sonderfall, weil es zwischen Paris und Peking in den letzten beiden Jahren besondere Beziehungen gab. Zum Unterschied von den anderen Westmächtern stellte Frankreich mit China diplomatische Beziehungen her und näherte sich zugleich stark dem chinesischen Standpunkt in der Frage des Vietnamkrieges. Auf seiner Reise in den Fernen Osten fand General de Gaulle im vorigen Jahr harte Worte für Washington, aber keine Silbe gegen Peking.

Blitz aus heiterem Himmel

Ausgerechnet am 3. Jahrestag der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China, nämlich am letzten Januarfreitag 1967, begann eine Serie von Zwischenfällen, die zur Trübung der französisch-chinesischen Beziehungen führte. Für die französische Öffentlichkeit kommt diese Krise wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Paris und Peking waren nämlich bis jetzt gut. Auch die politischen Beziehungen waren nicht schlecht, wenn man den geistigen Abstand zwischen den beiden Regimen in Rechnung zieht.

Verdorbenes Konzept

Im Elysée legt man großen Wert auf Verbindungen mit aller Welt, insbesondere mit einem Riesen wie China. Mit der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen wollte Paris sowohl Chinas Isolierung durchbrechen als auch die amerikanische "Hegemonie" durchlöchern. Eine neue Brücke sollte gebaut werden. Chinas Aufstieg und die Gefahren eines gigantischen Rassenzusammenstoßes beherrschen die außenpolitischen Berechnungen des französischen Präsidenten. Trotz der Zwischenfälle der letzten Wochen hofft de Gaulle immer noch, aus den Stürmen der "Kulturrevolution" einiges chinesisches und französisches Porzellan zu retten. Falls sich diese Hoffnung als trügerisch erweisen sollte, schiebt man jetzt schon alle Verantwortung auf die "Roten Garden", weil man es nicht glauben will, daß die "Zwischenfälle" ein ganzes weltpolitisches Konzept verderben können.

Offene Fragen

In Paris stellt man sich folgende Fragen: Ist Mao Tse-tung noch Herr seiner Außenpolitik, oder steht er unter dem Druck der "Roten Garden", die ihm nicht nur innenpolitische, sondern auch außenpolitische Entgleisungen aufzwingen? Man hält das in Frankreich nicht für ausgeschlossen, weiß man doch aus eigener Erfahrung, was eine Revolution ist und zu welchen Exzessen sie führen kann.

Andererseits hält man es aber auch für möglich, daß Mao Tse-tung über die letzte französisch-sowjetische Annäherung verärgert ist. Vor zwei Jahren war es umgekehrt, die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China hatte in Moskau wie eine kalte Dusche gewirkt. De Gaulle erreichte aber damit, daß sich Moskau seither stärker um Frankreichs "Gunst" bemühte.

Paris hoffte, im russisch-chinesischen Konflikt "neutral" bleiben zu können und zwischen den beiden kommunistischen Weltreichen eine "Schaukelpolitik" einzurichten. Diese Rechnung wird nun durch die Wogen der chinesischen Revolution über den Haufen geworfen.